

► Allgemeines

Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen (CSI). Forschung, Lehre und politische Analyse sind die zentralen Instrumente des CSI, um Wissen und Verständnis von privaten Beiträgen zum Gemeinwohl – also sozialen Investitionen – in der Gesellschaft zu erweitern. Im Fokus stehen dabei Formen und Leistungen des Stiftungswesens, der Zivilgesellschaft, der sozialen Ökonomie und des sozialen Unternehmertums in Europa. Das Heidelberger Centrum hat sich zum Ziel gesetzt, das universitäre Center of Excellence für Forschung und Lehre zu sozialer Investition in Europa zu werden. Es wurde am 1. Juli 2006 als Projekt des Rektorats der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg gegründet. Die Arbeit wird aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung, der Fritz Thyssen Stiftung, der Deutsche Bank Stiftung, der gemeinnützigen Hertie Stiftung und der Universität Heidelberg finanziert. Anschrift: CSI, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Schillerstr. 4-8, 69115 Heidelberg. *Quelle: Presseinformation vom Juli 2006*

Perspektive Diakonie 2025. zukunft – macht – wissen. Den demographischen Wandel gestalten. Hrsg. transfer-projekt e.V. an der Evangelischen Fachhochschule Berlin. Selbstverlag. Berlin 2006, 230 S., EUR 14,80
DZI-D-7607

Das Buch gibt eine aktuelle Darstellung der Aspekte des demographischen Wandels in einer modernen, vom Markt dominierten und zunehmend säkularen Gesellschaft. Es richtet sich an alle, die in Werte geleiteten Unternehmen Verantwortung für die Zukunft tragen. Die Beiträge verstehen sich als Denk-, Argumentations- und Handlungsrahmen. Bestellanschrift: transfer-projekt an der EFB, Teltower Damm 118-122, 14167 Berlin

Erfolgreiche Klage gegen Zwangsruhestand. Während Politikerinnen und Politiker noch um die Rente mit 67 Jahren streiten, hat ein bereits 70 Jahre alter Autoverkäufer seine unbefristete Weiterbeschäftigung gerichtlich bestätigen lassen. Im Arbeitsrecht gibt es keine generelle Vorschrift für das Ausscheiden der Beschäftigten mit 65 Jahren. Das Gericht bewertete daher allein die Kriterien Betriebszugehörigkeit, Lebensalter, etwaige Unterhaltspflichten und gegebenenfalls Schwerbehinderung. Az.: Arbeitsgericht Paderborn 3 CA 1947/05. *Quelle: Deutsche Angestellten Zeitung 4.2006*

Der neue Gründungszuschuss. Seit dem 1. August 2006 ersetzt der neue Gründungszuschuss den Existenzgründungszuschuss („Ich-AG“) und das Überbrückungsgeld. Das neue Förderungsinstrument richtet sich an Existenzgründende, die Arbeitslosengeld beziehen und sich beruflich selbstständig machen wollen. So kann zum Beispiel für die Dauer des Bezuges des Gründungszuschusses Rentenversicherungspflicht für Handwerker oder Selbstständige mit einem Auftraggeber eintreten. Handwerker werden

von der Handwerkskammer dem zuständigen Rentenversicherungsträger gemeldet. Dieser wendet sich wegen notwendiger Angaben zur Beitragshöhe und zum Zahlungsweg direkt an den betroffenen Personenkreis. Alle anderen Selbstständigen sind dazu verpflichtet, sich unmittelbar nach Aufnahme ihrer Tätigkeit mit dem Rentenversicherungsträger in Verbindung zu setzen. Bereits laufende Förderungen mit einem Existenzgründungszuschuss oder dem Überbrückungsgeld werden von der Neuregelung nicht berührt. Während des Bezuges eines Existenzgründungszuschusses besteht auch weiterhin Rentenversicherungspflicht. *Quelle: Deutsche Rentenversicherung Hessen vom 2. August 2006*

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen. Auch für das Jahr 2007 kann in Sachsen wieder eine Aufwandsentschädigung für bürgerschaftliches Engagement beantragt werden. Bis zum 30. November 2006 können Antragsformulare unter www.wir-fuer-sachsen.de heruntergeladen werden oder bei der Bürgerstiftung Dresden, Barteldesplatz 2, 01309 Dresden angefordert werden. Im Jahr 2006 ist die Förderung auf große Resonanz gestoßen. Etwa 20 500 Personen konnten mit einer Aufwandsentschädigung von 40 Euro im Monat unterstützt werden. Dabei wurde das Engagement in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Heimat-, Umwelt- und Tierschutz, Garten, Kirche, Religionsgemeinschaften, Katastrophenschutz, Freiwillige Feuerwehr, Musik, Kunst, Kultur, Bildung, Seniorenarbeit, sonstiger sozialer Bereich, Wohlfahrtspflege und Sport gefördert. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales 117/06*

► Soziales

Telefonseelsorge mobil erreichbar. Die Telekom hat über das so genannte Mobilfunkrouting für die Telefonseelsorge die ortsnahe und kostenlose Beratung von Anrufern aus dem Mobilfunknetz von T-Mobile eingerichtet. Alle Anruferinnen aus diesem Netz, die von einem Handy aus eine der Nummern der Telefonseelsorge wählen, werden in die nächstgelegene Beratungsstelle weitergeleitet. Zurzeit gehen rund 70 % der Anrufe über Mobiltelefone bei der Telefonseelsorge ein. Die Zahl von jährlich rund 1,5 Mio. Gesprächen mit Rat Suchenden zeigt, wie notwendig dieses Angebot der direkten Lebenshilfe ist. Seit 1997 übernimmt die Deutsche Telekom sämtliche Gebühren und ermöglicht die kostenlose Nutzung der bundesweit einheitlichen Nummern für die evangelische (Tel. 08 00/111 0111) und katholische (08 00/111 02 22) Seelsorge. Neben Gesprächen am Telefon wird auch der anonyme und vertrauliche Austausch von E-Mails und Chats angeboten. Informationen unter www.telefonseel.sorge.de
Quelle: Diakonie Report 3.2006

Kein Armutszeugnis. Den meisten Seniorinnen und Senioren in Deutschland geht es finanziell relativ gut. Im Jahr 2004 mussten – nach einer Untersuchung von Eurostat – 15 % der Bundesbürgerinnen und -bürger über 65 Jahre von einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle leben. Diese Schwelle liegt bei 60 % des nationalen Durchschnittseinkommens. In Spanien leben 30 % unterhalb der Schwelle, in Irland 40 %. Der Durchschnitt in den 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegt bei 18 %. *Quelle: Info Deutsche Rentenversicherung 1.2006*

Berufsvorbereitendes Soziales Jahr (BSJ) statt Zivildienst. Anfang August 2006 begann in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ein Modellversuch, in dem anerkannte Kriegsdienstverweigerer anstelle des neunmonatigen Zivildienstes das BSJ absolvieren können. Dieses ist nach Absprache verlängerbar und bedeutet für die engagierten jungen Männer wie für Menschen mit Behinderung und deren Familien mehr Zeit zur Zusammenarbeit. Gleichzeitig werden erweiterte Lern- und Bildungsmöglichkeiten angeboten, verbunden mit sorgfältiger Begleitung im jeweiligen Tätigkeitsfeld. Dieses Plus können die BSJ-Absolventen später in die Waagschale werfen, wenn es um einen Ausbildungs- oder Studienplatz geht. *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 2/2006*

Europäischer Sozialfonds in Bayern. Speziell für Beziehende von Arbeitslosengeld II hat das Bayerische Arbeitsministerium Ende 2004 ein mit 76 Mio. Euro ausgestattetes Sonderprogramm des Europäischen Sozialfonds aufgelegt, mit dem die Hartz IV-Reformen ergänzt, begleitet und unterstützt werden. Betroffenen soll damit – insbesondere durch Förderung der Weiterbildung – eine Chance zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt eröffnet werden. Bisher wurden seit Januar 2005 389 Projekte initiiert.

„Ganz bewusst haben wir das ESF-Sonderprogramm auf Bezieher des Arbeitslosengeldes II mit den höchsten Arbeitslosigkeitsrisiken konzentriert, wie beispielsweise auf Geringqualifizierte, Ältere, allein Erziehende, Migranten und Jugendliche. Für Bezieher von Arbeitslosengeld II mit Qualifikationsproblemen und Älteren wurden 120 Projekte durchgeführt mit ESF-Mitteln in Höhe von 12,6 Mio. Euro“, bilanzierte Arbeitsministerin Stewens. Speziell Frauen und allein erziehenden Müttern, die wegen Kinderbetreuung dem Arbeitsmarkt oft nur eingeschränkt zur Verfügung stehen, kann beispielsweise über Teilzeitqualifizierungsmaßnahmen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. So wurden 73 Frauenprojekte aus dem Fonds gefördert. Ein dritter Schwerpunkt ist die sprachliche und berufliche Qualifizierung von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 357.06*

► **Gesundheit**

Projekt „Lebensbegleitende Beratung“ abgeschlossen. Modell-Curriculum für die Peer-Counseling-Weiterbildung. Sonderausgabe Forum Psychosomatik. Selbstverlag. Berlin 2006, 19 S., kostenlos *DZI-D-7665*

Mit der Methode des „Peer-Counseling“ (Betroffene beraten Betroffene) kann vielen Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen eine lebensbegleitende Beratung geboten werden. Die Beratenden, die „Peers“, die Ähnliches erlebt haben wie ihre Gesprächspartnerinnen und -partner, müssen allerdings in hoher Qualität ausgebildet sein, um den Anforderungen gewachsen zu sein. Um diese Qualität zu gewährleisten, hat die Berliner Stiftung „Lebensnerv“ in den Jahren 2004 und 2005 auf Basis eines speziell entwickelten Curriculums eine Pilot-Weiterbildung für Menschen mit Multipler Sklerose durchgeführt. In diesem Lehrplan wurde erstmals in Deutschland der Aspekt der „Selbstbestimmt-Leben-Philosophie“ mit dem Aspekt der „ganzheitlich-salutogenetischen Sicht“ einer Erkrankung verknüpft. Bestellanschrift: Lebensnerv

– Stiftung zur Förderung der psychosomatischen MS-Forschung, Krantorweg 1, 13503 Berlin, Tel.: 030/ 436 35 42, Fax: 030/436 44 42, E-Mail: lebensnerv@gmx.de

Förderung von Pflegekosten. Pflegekosten werden ab diesem Jahr stärker steuerlich berücksichtigt: Der Deutsche Bundesrat hat dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung zugestimmt. Pflegebedürftige und Steuerpflichtige, die ambulante Pflege- und Betreuungsleistungen für Pflegebedürftige bezahlen, können hohe Aufwendungen geltend machen, die über die Leistungen der Pflegeversicherung hinausgehen. Von nun ab verdoppeln sich die Beträge, sofern die gepflegte oder betreute Person pflegebedürftig im Sinne der sozialen Pflegeversicherung ist oder für sie Leistungen der Pflegeversicherung erbracht werden. Begünstigt sind ambulante Pflege- und Betreuungsleistungen, die im Haushalt von Steuerpflichtigen oder der pflegebedürftigen Person durchgeführt werden. *Quelle: Rotes Kreuz 4.2006*

Integrationspreis 2006: Berliner Gesundheits- und Pflegeeinrichtung interkulturell öffnen. Am 16. November 2006 wird der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen den diesjährigen Berliner Integrationspreis vergeben. Der Preis soll an eine Berliner Gesundheits- oder Pflegeeinrichtung verliehen werden, die die Qualitätskriterien interkultureller Öffnung in ihrem Profil berücksichtigt und in ihrer praktischen Arbeit umsetzt. Das Preisgeld in Höhe von 5 000 Euro stellt der Beauftragte für Integration und Migration des Senats von Berlin zur Verfügung. Die interkulturelle Öffnung von Organisationen der Gesellschaft ist ein grundsätzliches integrationspolitisches Ziel. Es bedeutet, dass allgemein zugängliche Dienste und Einrichtungen von Migrantinnen und Migranten in gleicher Weise genutzt werden können. Diese Art der Kundenorientierung ist auch für Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen anzustreben. Das Prinzip der Chancengleichheit bei der Nutzung der Angebote der medizinischen und pflegerischen Versorgung stellt eine Querschnittsaufgabe dar. Bewerber können sich Berliner Gesundheits- und/oder Pflegeeinrichtungen, die ihr Konzept der interkulturellen Öffnung bereits umgesetzt haben und seit mindestens einem Jahr praktizieren oder die sich noch in einer mehrjährigen Implementierungsphase befinden, aber ihre Migrantenzielgruppen bereits erreicht haben. Einsendeschluss ist der 4. Oktober 2006. Weitere Informationen unter Robin.Schneider@auslb.verwalt-berlin.de

Demenz. Auf große Resonanz ist die vor einem Jahr begonnene Initiative „Menschen pflegen“ zur Schulung von Angehörigen Demenzkranker gestoßen. Inzwischen haben mehr als 800 Menschen 51 Kurse besucht, was zeigt, wie groß die Nachfrage nach Hilfestellung im alltäglichen Umgang mit kranken Angehörigen ist. In Rheinland-Pfalz sind derzeit etwa 70 000 Personen an einer mittleren oder schweren Demenz erkrankt. 60 % von ihnen werden von Angehörigen betreut, zu deren Unterstützung diese landesweite Schulungsinitiative ins Leben gerufen worden war. In vielen der angebotenen Kursen war der Wunsch nach einem anschließenden Gesprächskreis vorhanden, so dass der Kontakt zu etablierten Selbsthilfegruppen der Alzheimer Gesellschaft Rheinland-Pfalz hergestellt oder ein neuer lo-

kaler Kreis gegründet werden konnte. Weitere Termine und Schulungsorte können unter www.menschen-pflegen.de abgerufen werden. *Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit von Rheinland-Pfalz 107-4/06*

Drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland rauchen nicht. Nach Ergebnissen des Mikrozensus 2005 rauchen 73 % der Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren, die Angaben zu ihren Rauchgewohnheiten machte, nicht. 54 % hatten noch nie geraucht, 19 % waren ehemals Raucher, 27 % der Befragten rauchten aktiv. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der nicht Rauchernden in der Altersgruppe der 15- bis 39-Jährigen 61 % der Männer und bei den Frauen 70 % betrug. Mit zunehmendem Alter steigen diese Anteile auf 68 % bei Männern und 78 % bei Frauen. Je höher der Berufsabschluss, desto größer ist der Nicht-raucheranteil: Männer mit Lehrausbildung 64 %, Frauen 75 %; Männer mit Abschluss einer Universität/Promotion 82 %, Frauen 86 %. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 249/06*

► Jugend und Familie

Frühe Förderung gefährdeter Kinder. Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) hat sich auf seiner Sitzung im Juni 2006 für eine frühe Förderung gefährdeter Kinder ausgesprochen. Die AGJ sieht in ihrer Stellungnahme einen Handlungsbedarf vor allem mit Blick auf die Verbesserung des Schutzes von jüngeren Kindern. Kindesvernachlässigung und -misshandlung beginnen oftmals im Säuglings- und Kleinkindalter, in dem aus entwicklungspsychologischer Sicht besonders schwere Verletzungen und Störungen auftreten können, vielfach aber bis zum Eintritt in eine Kindertageseinrichtung oder die Schule nicht bemerkt werden. Da es in der Altersgruppe von bis zu drei Jahren keine flächendeckenden institutionellen Versorgungseinrichtungen gibt, in denen unterversorgte beziehungsweise vernachlässigte Kinder auffallen könnten, bleiben Vernachlässigungen und Misshandlungen bei diesen Kindern besonders oft unerkannt. Aus Sicht der AGJ stellt sich die Frage, wie insbesondere Gefährdungen von Kindern, die nicht an Angeboten der Jugendhilfe teilnehmen, frühzeitig von außen wahrgenommen und wie die Verantwortlichen angemessen reagieren können. Die AGJ erwähnt folgende Gesichtspunkte: Früherkennungsuntersuchungen als ein Ansatzpunkt helfender Intervention im Sinne des Kindeswohls; Auf- und Ausbau von Frühwarnsystemen und frühen Hilfen, mehr Vernetzung zuständiger Systeme. Die Stellungnahme steht unter www.agj.de zur Verfügung oder kann über die Geschäftsstelle der AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, bezogen werden.

Diagnostik in der Kinder- und Jugendhilfe. Vom Fallverstehen zur richtigen Hilfe. Tagungsdokumentation. Hrsg. Verein für Kommunalwissenschaften e.V. Eigenverlag. Berlin 2005, 262 S., EUR 17,- *DZI-D-7471* In der Fachdiskussion über Diagnostik wird immer wieder betont, dass die Kinder- und Jugendhilfe bisher keine eigenen jugendhilfespezifischen Standards und Verfahren entwickelt hat, die in der Praxis Anwendung finden (könnten), und dass es große Defizite im Methodenwissen der Fachkräfte gibt. Ziel einer Tagung im April 2005 in Berlin war es deshalb, Antworten darauf zu finden, wie eine praxis-

orientierte, jugendhilfespezifische Diagnostik aussehen sollte und wie Hilfebedarfe besser und genauer geplant werden können, um Fehlentscheidungen weitestgehend zu vermeiden. Themen waren unter anderem: Welches Instrumentarium ist hilfreich für die eigene Arbeit? Welche Kriterien und Standards machen eine gute sozialpädagogische Diagnostik aus? Welche professionellen Kompetenzen benötigen Fachkräfte in der Jugendhilfe und wie kann deren Handlungssicherheit erhöht werden? Wie können junge Menschen und ihre Familien angemessen an der Hilfeplanung beteiligt werden? Im Verlauf der Tagung – der in dieser Schrift dokumentiert ist – wurden hierzu zahlreiche Forschungsergebnisse und Praxiserfahrungen vorgestellt. Bestellanschrift: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-100, E-Mail: agfj@vfk.de

Mehrgenerationenhaus. Bis zum Jahr 2010 sollen 439 Mehrgenerationenhäuser in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt Deutschlands entstehen. Die Vorbereitungen des Programms werden im Bundesfamilienministerium vorangetrieben, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. *Quelle: Mailinglistenservice der Bundesregierung vom 23. Juni 2006*

Neues Gesetz zur Kinderbetreuung in Großbritannien. Das neue Gesetz „Childcare Act“, dessen Ziel es ist, jedem Kind den bestmöglichen Start zu ermöglichen und den Eltern größere Wahlmöglichkeiten bei der Vereinbarung von Familie und Beruf zu geben, ist in Großbritannien in Kraft getreten. Die wesentlichsten Inhalte des Gesetzes sind unter anderem: besserer Zugang für alle Kinder unter fünf Jahren zu qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten; eine gesetzliche Pflicht für die Kommunen, in Zusammenarbeit mit privaten und gemeinnützigen Trägern ausreichende Betreuungsangebote einzurichten; Einführung einer Beratungs- und Informationspflicht der Kommunen gegenüber den Eltern mit Blick auf Betreuungsangebote und Erziehungshilfen; Verpflichtung der Kommunen, durch ein besseres Zusammenwirken der verschiedenen Einrichtungen und Hilfeangebote die Qualität der Betreuung zu verbessern und die Unterschiede zwischen Kindern beim Bildungserfolg zu verringern. *Quelle: Mitteilung der Britischen Botschaft Berlin – Arbeit und Soziales 8/2006*

► Ausbildung und Beruf

Weltkonferenz der International Federation of Social Workers (IFSW) in München. Vom 30. Juli bis zum 3. August 2006 fand in München die 18. Weltkonferenz der internationalen Organisation der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus 75 Nationen statt. 50 Jahre nach der Gründung der IFSW in München trafen sich über 1 500 Delegierte und Interessierte zum ersten Mal wieder auf deutschem Boden. In der Eröffnungsfestrede blickte die aus Australien stammende noch amtierende Präsidentin Imelda Dodds auf ihre zwölfjährige aktive Mitarbeit und auf sechs Jahre als Präsidentin zurück. Sie unterstrich die große Bedeutung Sozialer Arbeit, die sich nicht zuletzt in der Zahl der inzwischen auf 84 angewachsenen Mitgliedsländer in der IFSW und der unter den einzelnen Länderverbänden organisierten 500 000 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ausdrückt. Ein besonderer Höhepunkt dieser Ver-

anstellung war die Ehrung der 96-jährigen Polin Irena Sandler mit der Ehrenmitgliedschaft des IFSW. Irena Sandler rettete als Sozialarbeiterin rund 2 500 jüdische Kinder vor dem sicheren Tod, indem sie sie aus dem Ghetto befreite und in polnischen Familien und Waisenhäusern in Sicherheit brachte. Die folgenden zwei Konferenztage standen unter dem Motto „Soziale Balance in einer Welt der Ungleichheit“, das in sechs Hauptthemen untergliedert wurde: Balance der Generationen – Jugend und älter werden; Körperliche, psychische und geistige Gesundheit; Zwischen Heimat und Fremde: Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge und entwurzelte Menschen; Menschenrechte und Bürgerrechte: Zwischen Globalisierung und Ausgrenzung; Sozialsysteme zwischen allen Anforderungen: Grundbedürfnisse und Minimalstandards sozialer Sicherung; Soziale Arbeit als Profession: 50 Jahre Erfolgsgeschichte und Visionen für die Zukunft. Unter diesen jeweiligen Hauptthemen fanden äußerst interessante Vorträge, Seminare, Round-Table-Veranstaltungen, Posterpräsentationen und Talk-Shows statt, die sich leider häufig überschneiden, sodass die Auswahl für die Teilnehmenden nicht einfach war. Nach einem Tag mit Exkursionen in verschiedene Praxisfelder in und um München ging das internationale Treffen mit einer stimmungsvollen Abschlussfeier in der Münchner Philharmonie zu Ende. Der Hauptredner des Tages war Jakob von Uexküll, der Gründer des Right Livelihood Awards, bekannt als alternativer Nobelpreis. Er ging insbesondere auf den von ihm initiierten Welt-Zukunfts-Rat ein. Diese Vereinigung setzt sich mit den akuten Problemen weltweit auseinander, erarbeitet Lösungen und setzt sich aktiv für deren Umsetzung ein. Die Soziale Arbeit ist für ihn darin eine tragende Säule, da die soziale Gerechtigkeit vielerorts nicht gegeben ist und die Gesellschaften Gefahr laufen, bei nicht rechtzeitig bekämpfter Ungerechtigkeit von dieser überrollt zu werden. Es muss sich als allgemeines Bewusstsein herausbilden, dass die sozialen Probleme einiger zu einem Bumerang für alle werden können, wenn sie nicht schnell und professionell gelöst werden. Schließlich übergab Imelda Dodds die Präsidenschaft der IFSW an David N. Jones aus Großbritannien. Dieser erklärte, dass es das vorrangige Ziel der IFSW sein muss, ein sich entwickelndes Verständnis dafür zu etablieren, dass die ökonomische Entwicklung ohne Förderung einer sozialen Entwicklung im gleichen Maße letztlich unproduktiv und schädlich für die Menschheit ist. Wesentliche Erkenntnis dieser Tagung ist, dass der internationale Austausch unbedingt notwendig ist, um sich gemeinsam den zukünftigen Herausforderung an die Soziale Arbeit zu stellen. Für den gastgebenden „Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit“ war diese erfolgreiche Tagung ein großer Gewinn, da sie allen teilnehmenden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern neue Impulse und Anregungen mit auf den Weg geben konnte. *H.K.*

Tagungskalender

12.10.2006 Hannover. CARE-Kongress: Von der Kooperation zum Integrierten Versorgungsvertrag. Wie Heime und Pflegedienste ihre Wunschpartner gewinnen. Information: Vincentz Network, Veranstaltungsdienste, Postfach 62 47, 30062 Hannover, Tel.: 05 11/99 10-175, Fax: 05 11/99 10-199, E-Mail: veranstaltungen@vincentz.net

19.-21.10.2006 Bochum. 6. Bundestagung: Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter. Gewalt als interdisziplinäre Herausforderung. Anmeldung: Deutsche Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V., Königsweg 9, 24103 Kiel, Tel.: 04 31/67 12 84, Fax: 04 31/67 49 43, E-Mail: info@dgkcv.de

27.10.2006 Augsburg. Tagung: Bürgerschaftliches Engagement von und mit MigrantInnen. Information: Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Gostenhofer Hauptstraße 61, 90443 Nürnberg, Fax: 09 11/929 66 990, E-Mail: lbe@iska-nuernberg.de

6.-8.11.2006 Celle. Seminar: Schulversagen & Kriminalität. Folgen der „Winner-Looser-Kultur“. Anmeldung: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V. Lützenrodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 40, Fax: 05 11/318 06 60, E-Mail: tschertner@dvjj.de

9.-10.11.2006 Berlin. Kongress: Reform der Pflegeversicherung – Auswirkungen auf die Betroffenen. Information: Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, Pappelallee 35/37, 22089 Hamburg, Tel.: 040/202 07-509, Fax: 040/202 07-913

10.11.2006 Berlin. Fachtagung: Klinische Sozialarbeit in der Praxis. Information: Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Ref. Weiterbildung, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, Tel.: 030/50 10 10-39, E-Mail: weiterbildung@khsb-berlin.de

13.-15.11.2006 Dresden. DHS-Fachtagung 2006: Unabhängig im Alter – Sucht und Lebensalter. Information: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 15-0, Fax: 023 81/90 15 30

16.11.2006 Berlin. Tagung: Neue Finanzierungsformen in der Sozialwirtschaft. Information: Bank für Sozialwirtschaft AG, Tel.: 02 21/973 56-210, E-Mail: s.rueth@sozialbank.de

16.-18.11.2006 Berlin. Bundeskongress: Perspektive Zukunft – Wo das Management gefordert ist. 30 Jahre Berufsverband. Information: Deutscher Verband der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen (DVLAB), Heinickeweg 15, 13627 Berlin, Tel.: 030/38 30 38 30, Fax: 030/38 30 38 32, E-Mail: dvlab@t-online.de